

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Umsetzung eines Pro-Aktiven Beratungsangebots in den Zentralen Notaufnahmen (ZNA) der Berliner Kliniken für Patient*innen, die häusliche Gewalt erlebt haben

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Etablierung eines Pro-Aktiven Beratungsangebots in den Zentralen Notaufnahmen (ZNA) der Berliner Kliniken für Patient*innen, die häusliche oder sexualisierte Gewalt erlebt haben, umzusetzen.

Fachberatungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt müssen, um die Versorgungslücken zu schließen, entsprechende finanzielle Ausstattung erhalten. Abgedeckt werden soll die Pro-Aktive Beratung Betroffener, die Dokumentation sowie die Koordination und Abstimmung des Angebots mit den Kliniken und der Koordinierungsstelle des S.I.G.N.A.L. e.V.

Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens bis zum 31. März 2023 zu berichten.

Begründung:

Das Gesundheitswesen spielt eine herausragende Rolle im Hilfesuchverhalten Betroffener nach häuslicher und sexualisierter Gewalt. Fast 30% suchen nach einer schweren Gewalterfahrung dort Hilfe, an das psychosoziale Hilfennetz wenden sich in dieser Situation nur ca. 5% der Betroffenen. Im Gesundheitswesen geht es darum, Betroffene unkompliziert und niedrigschwellig mit einer weiterführenden Beratungseinrichtung in Kontakt zu bringen – dieses Ziel gilt umso mehr, wenn auch Kinder involviert sind.

Die Arbeit des Runden Tisches Berlin – Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt hat deutlich gemacht, wie wichtig es wäre, einen Pro-Aktiven Ansatz in den ZNA zur zeitnahen Beratung von gewaltbetroffenen Patient*innen in den ZNA zu etablieren. In den ZNA

gibt es weder ausreichende Ressourcen für Beratungsgespräche, noch bestehen die notwendigen Qualifikationen für eine gewaltspezifische Beratung. Erforderlich sind klare Angebote, die Betroffenen sofort unterbreitet werden können. Das Pro-Aktive Beratungsangebot könnte diese Ergänzung im Hilfesystem sein. Stimmen Betroffene dem Angebot zu, erhalten sie zeitnah einen Anruf von einer der involvierten Fachberatungsstellen. Im Rahmen dieser telefonischen Erstberatung können wichtige Anliegen wie Schutz und Sicherheit sowie Handlungsmöglichkeiten besprochen werden.

Seit fünf Jahren besteht in Berlin ein Pro-Aktives Modellprojekt, an dem zwei Kliniken und eine Fachberatungsstelle beteiligt sind. Eine Evaluation hat gezeigt, dass das Angebot der Beratung von vielen Betroffenen genutzt wird. Das Vorgehen wird auch im Rahmen von Polizeieinsatzen seit Jahren erfolgreich genutzt.

Berlin, 19. Oktober 2022

Saleh Golk
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf Dr. Haghaniour
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz I. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke